

03.Februar 2016

Presseinformation

Politisch motivierte Zerschlagung in Deutschland und ganz Deutschland schaut zu

**Beklagt: Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung, vertreten durch das
Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister**

**Politisch motivierte Zerschlagung durch die deutsche Bundesregierung
unter Verantwortung des Bundeskanzleramtes nach Zerstörung des
Innovationsmarktes
mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
totaler staatlicher Diskriminierung**

**Im Jahr 2000: Deutschland ist digitale Spitze, auf Augenhöhe mit Japan und
Südkorea, den USA in der Telekommunikation sogar überlegen, China war
Entwicklungsland.**

**Schon im Jahr 2010: Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,
chinesische Entwicklungshelfer bereits in Deutschland tätig, bevor UMTS
überhaupt praktische Bedeutung erreichen konnte**

**Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit
weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung
des beklagten Bundeskanzleramtes:**

**Massive Verletzung von Menschenrechten und deutschen Grundrechten
mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit
vergittertem Polizei-Transporter
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit
exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt**

Bis heute: Verweigerung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.

**Opfer ist gezwungen, sich mit Antrag auf Prozesskostenhilfe ohne
anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen und befindet sich
aktuell**

**mit 4 Rechtsbeschwerden vor dem Bundesgerichtshof und
mit 2 Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht
gegen ein übermächtiges Bundeskanzleramt
mit ständiger Verletzung des grundrechtlichen Anspruchs
auf Gleichheit vor dem Gesetz und des grundrechtsgleichen Anspruchs
auf rechtliches Gehör**

Auch nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagung und Menschenrechtsverletzungen gibt es nicht nur in Russland, sondern auch mitten in Deutschland und ganz Deutschland schaut zu

Mit einem staatlichen Monster-Markteingriff im Jahr 2000, der **staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag von über 50 Mrd EURO**,

wurde gesetzeswidrig (massive Verstöße gegen Regulierungsziele in §2 Abs.2 TKG) der Innovationsmarkt der Europäischen Congressmessen zerstört.

Die Folgewirkungen waren verheerend und vom staatlichen Auktionator nicht mehr steuerbar. Sie dauern bis heute an.

> > > <http://www.staatsverschuldung.de/umts2.htm>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 haben die ausländischen Kapitalgeber fluchtartig die deutsche ITK-Branche verlassen. Inländische Kapitalgeber (Landeszentralbanken, WestLB, Sächsische Landesbank u.a.) folgten ad hoc, **weil keine Rendite mehr zu erwarten war.** Deutsche Netzbetreiber sperrten für 5 Jahre alle Ausgaben, um mit Teilnehmergebühren die Ausgaben der Auktion zu egalisieren und einen Basisbetrag für den Aufbau der UMTS-Netze anzusparen. Der innovationsorientierte Mittelstand hatte keine Auftraggeber und keine Kapitalgeber mehr. Der **Innovationsmarkt** war zerstört. Erst in 2011 (11 Jahre später) erlangte UMTS im deutschen Verbrauchermarkt wirtschaftliche Bedeutung.

Verabscheuungswürdige, politisch motivierte Zerschlagung nach totaler Zerstörung des Innovationsmarktes für IT und Telekommunikation ist,

wenn einem privatwirtschaftlichen Leistungsträger, der diesen Innovationsmarkt mit seinen herausragenden Congressmessen über viele Jahre nachhaltig geprägt, entwickelt und dominiert hat, nach und mit diesem katastrophalen staatlichen Monster-Markteingriff jede Zukunftsperspektive in einem total zerstörten Innovationsmarkt absichtlich versperrt wird, das Ende seines Lebenswerkes erzwungen wird und so seine Existenz-Grundlage weggenommen wird,

indem seine subventionsfreien Congressmessen durch einen Nationalen IT-Gipfel unter Federführung des Bundeswirtschaftsministerium ersetzt wurden und indem seine Congressse mit hochqualifizierten Congressleitern mit dem weltweit größten Congressangebot

in 32 ganztägigen Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten bessere Arbeitsergebnisse als die Politik-Arbeitskreise erbracht haben, indem Deutschland im Jahr 2000

digitale Spitze im globalen Vergleich war und heute nur noch als **digitale Kolonie** von USA und Fernost bewertet werden kann,

wenn auf qualifizierte Projektvorschläge für digitales Innovationswachstum dem Opfer jede Antwort verweigert wird,

wenn trotz seinem professionellen Know-how für digitale Evolution entsprechend seinem Lebenswerk jedes mögliche Comeback verweigert wird und selbst der „IT-Gipfel“ seiner Congressmessen als minderwertiges, politisch orientiertes **Plagiat unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums** fortgesetzt wird (Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik, siehe Anlage 4.01, BeweisOrdner 4)

weil das Opfer nach totaler Zerstörung des Innovationsmarktes keine Alternative zu anderen Projekten hatte, weil das seine Existenz-Grundlage und die professionelle Tätigkeit und der Inhalt seines Lebenswerkes war.

Verabscheuungswürdige, politisch motivierte Zerschlagung nach totaler Zerstörung des Innovationsmarktes für IT und Telekommunikation ist, **wenn** wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten rechtswidrigen, staatlichen Monster-Markteingriffen ausgesetzt werden und zugunsten von Staatswirtschaft anschließend wie Nemos behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe durch Mitglieder der verantwortlichen Bundesregierung nicht mehr beantwortet werden, obwohl oder weil sie jahrelang eine subventionsfreie Weltspitzenleistung für Innovationswachstum in Deutschland erbracht haben, **deren Menschenrechte unter führender Verantwortung des Bundeskanzleramtes mit Füßen getreten werden** und die von deutscher Justiz mit Verweigerung rechtlichen Gehörs (Verstöße gegen grundrechtsgleiches Recht auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG) in Gerichtsinstanzen und Gerichtsverfahren hin- und hergeschoben werden ...

Solche Leistungsträger werden in Deutschland mit politisch motivierter Zerschlagung unter Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes entsorgt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Im Jahr 2000 war Deutschland Digital Global Player, auf Augenhöhe mit Japan und Südkorea, den USA in der Telekommunikation sogar überlegen, China war Entwicklungsland. Schon im Jahr 2010 ist Deutschland digitale Kolonie von USA und Fernost, chinesische Entwicklungshelfer sind bereits in Deutschland tätig, bevor UMTS überhaupt praktische Bedeutung erreichen konnte.

„**Die Schnellen fressen die Langsamen**“. Die politisch motivierte Zerschlagung des Klägers mit professionellem Know-how für digitale Evolution ist nicht mehr nachvollziehbar.

Telekom-Chef Timotheus Höttges in THE WALL STREET vom 12.März 2014 (Beweisordner 3, Anlage 3.04) doch auch so.: „Das war nach der UMTS-Auktion im Jahr 2000 in Deutschland doch auch so. Es hat **elf Jahre** gebraucht, um UMTS richtig an den Start zu bringen.“

Bundesminister Alexander Dobrindt in Pressemitteilung vom 05.12.2014 (Beweisordner 4, Anlage 6.2):

„Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**“
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – **Innovationsoffensive** leider Fehlanzeige

EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung

(Beweisordner 4, Anlage 6.5, FAZ 05.Februar 2015):

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

**Überlange Gerichtsverfahren und juristische Odyssee durch Deutschland und Europa seit 2011
wegen politisch motivierter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

Mit Schriftsatz vom 15.06.2014 wurde vom Kläger vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erneut Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) eingereicht. Die wiederholte Klageerhebung wurde wegen Rechtshängigkeit seit März 2011 an das Verwaltungsgericht Berlin verwiesen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link.

Mit Beschluss vom 08.12.2014 wurde das Schadenersatzverfahren von der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Der Kläger musste gegen den Beschluss Einspruch einlegen, weil schon im Rubrum des Beschlusses sowie im Tenor durch rechtswidrige Unterdrückung der Berufsbezeichnung des Klägers, durch Unterdrückung der beklagten Bundesregierung, durch missverständliche und falsche Beschreibung der Klage eine unerträgliche Fortsetzung der staatlichen Diskriminierung zurückgewiesen werden musste. Diese grundgesetzwidrige Fortsetzung der Verweigerung rechtlichen Gehörs, der Diskriminierung, Anhörungsresistenz, Zeugen- und Beweis-Ignoranz seit 2011 sind ein **zusätzlicher Beweis für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers durch die beklagte Bundesregierung (staatliche Diskriminierung).**

Wegen Untätigkeit des Verwaltungsgerichtes Berlin und des Landgerichtes Wuppertal hat das Opfer erneut Schadenersatzklage mit Schriftsatz vom 30.03.2015 an das Landgericht Wuppertal erhoben. Beklagte ist **Bundesrepublik Deutschland,**

vertreten durch die Bundesregierung, diese vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Gemäß Gesetzeslage: Die politisch motivierte Zerschlagung des Opfers, eines privatwirtschaftlichen Unternehmers, erfolgte erst nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 durch **vorsätzliche, staatliche Diskriminierung (1) nach grob fahrlässiger Zerstörung (2)** von Lebenswerk und Existenz-Grundlage des Opfers durch die staatliche UMTS-Auktion 2000 mit mehrfachen Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz infolge verheerender Folgewirkungen (massive Verstöße gegen Regulierungsziele in **§2 Abs.2 TKG**):
> > > **2-facher Verstoß gegen Art.34 GG.:**

„Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei **Vorsatz** oder **grober Fahrlässigkeit** bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadenersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“

Siehe auch Haftung bei Amtspflichtverletzungen (§839 BGB).

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, alle Staatsorgane und die führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung ausführlichst zu informieren. Es ist längst an der Zeit, dass die politisch motivierte Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher Klageverstümmelung (verfassungswidrige Verweigerung rechtlichen Gehörs) übergangen wird.

Das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen, von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und separater Vorlage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen. Dieses Beweismaterial wurde vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (zum Teil)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (zum Teil)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde zu III ZB 108/15)
> > > Auflistung des Beweismaterials:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagung in Deutschland und ganz Deutschland schaut zu

Die führenden Staatsorgane und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland wurden über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung ausführlichst informiert.

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 **zurückgetreten**)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**
Erstes Schreiben vom 12.03.2013:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom 28.03.2013:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Drittes Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom 10.04.2013:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in
2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und
25.01.2012 ff.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und Der Deutsche Bundestag seit
2010 schaut zu**

Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
mit erbärmlichem Missbrauch des Petitions-Grundrechts:
Petitionsrecht ist ein Grundrecht des Staatsbürgers und nicht ein Grundrecht
des Bundestags oder der Bundesregierung

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses
und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom
28.05.2010
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom
03.01.2011:
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster,
Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

**Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442**

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des
Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: **Nicht-Annahme** zur
Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

**Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags
versenkt**

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit
Schriftsatz vom 17.12.2011 mit anliegender
Legende zu allen Eingaben der Petition Pet 1-17-09-703-005442
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu, Zugang zu Politmagazinen trotz intensiver Bemühungen verweigert

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind

schuldige Mitwisser und verantwortliche Mittäter der politisch motivierten Zerschlagung des klagenden Opfers

Politmagazine mit investigativem und kritischem Journalismus aus Politik und

Alltag: Kein Zugang für Opfer politisch motivierter Zerschlagung

Angemessene Rehabilitierung des Opfers und angemessener Schadenersatz sind unverzichtbar

Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Schreiben an **ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel** vom

29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013
(Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Beklagt wird die Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes,

mit massiver Verletzung von Menschenrechten und deutschen

Grundrechten, mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000:

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,

Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter der

Kreispolizei Mettmann für Schwerverbrecher,

ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis,

mit exzessivem, entwürdigendem, tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Das Opfer politisch motivierten Zerschlagung hat Strafanzeige erstattet mit Schriftsatz vom 22.06.2014 an das Amtsgericht Mettmann.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch sind nur die Spitze eines Eisbergs: Verfassungswidrige Schikaneverfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren der anhörungsresistenten Staatsanwaltschaft Wuppertal seit 2010 am Amtsgericht Mettmann und am Landgericht Wuppertal mit Manipulation von Gerichtsverfahren und Gerichtsakten, **offensichtlich parallel zum Petitionsverfahren** vor dem Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012), sind auf Weisung der beklagten Bundesregierung wegen politisch motivierter Zerschlagung des Opfers **zu Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch eskaliert:**

Unmittelbar verantwortlich für die angezeigte Straftat mit überfallartiger Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch am 17.06.2014 war eine 3-Mann-Polizeitruppe des Polizei-Bezirksdiensts Mettmann unter Leitung des angezeigten Täters auf das Opfer politisch motivierter Zerschlagung. Der Leiter der Polizeitruppe hatte **weder einen Haftbefehl noch einen Durchsuchungsbefehl, die Einsichtnahme in einen Ausweis wurde trotz mehrmaliger Aufforderung verweigert**, ein Grund für die mit physischer Gewalt durchgeführte Gefangennahme konnte trotz mehrfacher Nachfrage nicht genannt werden, der Abtransport erfolgte mit einem vergitterten Polizei-Transporter für Verbrecher.

Das mit physischer Gewalt gefangen genommene Opfer, nur mit spärlichster Freizeit-Bekleidung versehen, wurde mit dem Gefangenen-Transporter durch Velbert, mit einer Präsentationseinlage für das Gespött von Passanten, zur Polizeistation transportiert. Beim Gang zur Toilette wurde es von seinem Begleiter aus der Polizeitruppe ohne einen Grund angefaucht: „**Halt endlich deine dreckige Fresse**“.

Von der Polizeistation Velbert wurde es nach einer Unterbrechung mit dem vergitterten Gefangenen-Transporter zur JVA Gelsenkirchen geschafft. Dort wurde es gezwungen, entgegen gesetzlichen Vorschriften bei Erziehungshaftverfahren Anstaltskleidung anzulegen. Der angebliche Grund der Gefangennahme konnte erst nach Einlieferung in die JVA recherchiert werden. Das Opfer konnte eine Telefonnummer erfragen, die es an Angehörige weitergegeben hat, um in Erfahrung zu bringen, was zu tun ist, um die Freilassung zu erreichen. Die Personalien der Polizei-Truppe konnte es erst nach seiner Freilassung an der Velberter Polizeistation ausfindig machen.

Nach Niederschlagung der Strafanzeige vom 22.06.2014 hat das Opfer politisch motivierter Zerschlagung ein **Klageerzwingungsverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf** veranlasst und mit Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof fortgesetzt, mit Schriftsatz vom 02.10.2015:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch sind nur die Spitze eines Eisbergs: Das Opfer wehrt sich mit vollem Recht. **Gerichtsakte wurden manipuliert.** Gegen den Beschluss der 6.Strafkammer vom 2.12.2013 im total rechtswidrigen Erziehungshaftverfahren am Landgericht Wuppertal ohne anwaltliche Unterstützung wurde vom Opfer das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde eingelegt. Die sofortige Beschwerde wurde aus den Gerichtsakten entfernt (Beweis durch Faxsendeprotokoll des Opfers). Der Präsident des Landgerichts Wuppertal ließ sich entschuldigen wegen Täuschung des Opfers.

Der Vorsitzende Richter der 6. Strafkammer verweigert jede weitere Aktivität:
nach wechselnder Beteiligung in einem chaotischen
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann, **nach Freispruch** und
anschließender Fortsetzung in einem rechtswidrigen Erzwingungshaftverfahren,
**mit ständiger Schikanie des Opfers mit einer Überzahl von Richtern
und Staatsanwälten
mit überlanger Verfahrensdauer (Januar 2011 – Juni 2014)
gegen ein Opfer ohne anwaltliche Unterstützung, das Missbrauch von
Staatsgewalt der übelsten Kategorie, Freiheitsberaubung und
Hausfriedensbruch ohne jegliches Verschulden ertragen musste.**

Bis heute werden rechtsstaatliche Verfahren verweigert.
Das Opfer ist gezwungen, sich mit Antrag auf Prozesskostenhilfe ohne
anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen und befindet sich
aktuell
**mit 4 Rechtsbeschwerden vor dem Bundesgerichtshof und
mit 2 Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht
gegen ein übermächtiges Bundeskanzleramt**
in Gerichtsverfahren mit ständiger Verletzung des grundrechtlichen Anspruchs
auf Gleichheit vor dem Gesetz und des grundrechtsgleichen Anspruchs
auf rechtliches Gehör.

Velbert, 03. Februar 2016



Albin L. Ockl